

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1884

13.6.1884 (No. 139)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 13. Juni.

N^o 139.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 R. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingerechnet, 3 R. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1884.

Amflicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 7. Juni d. J. gnädigst geruht, die Postsekretäre Paul Teufel von Laubenhof, Kreis Königsberg, und Philipp Bäcker von Coblenz, unter Vorbehalt ihrer Landesangehörigkeit, zu Oberpostdirektions-Sekretären bei der Oberpostdirektion Karlsruhe, sowie den Postsekretär Paul Haase von Cöthen, unter Vorbehalt seiner Landesangehörigkeit, zum Oberpostsekretär bei dem Postamt Karlsruhe zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 7. Juni d. J. gnädigst geruht, den Stationskontroleur Wilhelm Schneider zum Bahnverwalter in Achern und den Stationskontroleur Wilhelm Röttinger zum Bahnverwalter in Osterburken zu ernennen.

Ferner wurde mit Entschliessung des Finanzministeriums vom 10. Juni d. J., Nr. 3962, der Stationskontroleur Johann Landwehr von Karlsruhe nach Mannheim versetzt.

Nicht-Amflicher Theil.

Politische Rundschau.

Karlsruhe, den 12. Juni.

In Folge der Wahlniederlage der bürgerlichen Liberalen hat das gesammte Ministerium dem Könige ein Entlassungsgeheiß überreicht. Die Hauptursache der Niederlage, welche die bisher in der Mehrheit befindliche Partei erleidet, ist in der Uneinigkeit zu suchen, welche in letzter Zeit zwischen zwei Richtungen der Liberalen herrschte. Die Liberalen zerfallen nämlich in zwei Fraktionen, in die „Doktrinären“ oder Gemäßigten und die „Progressiven“ oder Radikalen. Beide haben dasselbe Programm, aber hinsichtlich der Anwendung besteht die größte Meinungsverschiedenheit. Während die „Progressiven“ die sofortige und unbedingte Verwirklichung desselben verlangten, glaubten die „Doktrinären“ dagegen die Lösung der Fragen vertagen zu müssen, welche die Existenz des bisherigen Ministeriums bedrohen konnten. Beide Fraktionen waren für eine Revision des Art. 47 der Verfassung, nach dem das Wahlrecht für die gesetzgebenden Körper vom Censur abhängig gemacht wird, aber die Gemäßigten wollten diese Frage noch nicht in Angriff nehmen, weil die Regierung der Ansicht war, daß eine Abänderung jenes Artikels sich für den Augenblick noch nicht empfiehlt. Die Radikalen verlangen die Einführung des Kapazitäts-Wahlrechts, welches nach dem neuen Wahlgesetze nur für die Provinzial- und Kommunalwahlen besteht, auch bei den Kammerwahlen. Die Regierung und mit ihr die Liberalen gemäßigter Richtung hielten es dagegen für gerathen, erst die Folgen dieser neuen Bestimmung auf dem bis jetzt noch beschränkten Gebiete abzuwarten, bevor sie dieselbe verallgemeinern wollten. Auch in Bezug auf den öffentlichen Unterricht, das Heer- und Steuerwesen gehen die Ansichten der „Doktrinären“ und „Progressiven“ auseinander, insofern diese auf allen diesen Gebieten Reformen verlangen, welche die ersteren im Prinzip billigen, jedoch im Augenblick nicht für dringend erachten. Die Zerspaltung der liberalen Stimmen hat nun der klerikalen Partei zu einem glänzenden Sieg verholfen, welchen die letztere um so eher erringen konnte, als sie vortrefflich organisiert war und ihre Genossen unter dem Namen „nationaux-indépendants“ in geschlossenen Reihen auf dem Kampffeld erschienen. Der Siegespreis wird ein klerikales Cabinet sein, und was das Land von einem solchen zu erwarten hat, ist leicht vorauszusetzen. Alles, was die Liberalen auf dem Gebiet des öffentlichen Unterrichts, in der Provinzial- und Kommunalverwaltung mit Mühe errungen haben, wird natürlich wieder preisgegeben werden. Das Kapazitäten-Wahlrecht für die Provinzial- und Gemeindevahlen wird wieder abgeschafft, die Provinzial- und Gemeindevverwaltung von der Staatskontrolle hinsichtlich der Erfüllung ihrer finanziellen Verbindlichkeiten befreit werden. Das neue Schulgesetz vom Jahre 1879 wird man selbstverständlich wieder aufheben, die klerikalen „freien“ Schulen mit den öffentlichen nicht nur auf gleiche Stufe stellen, sondern sie so begünstigen, daß thatsächlich der Geistlichkeit wieder der gesammte Volksunterricht in die Hände fallen wird. Aber alle diese Folgen haben die Wähler sich selbst zuzuschreiben.

Ueber die Reichstags-Sitzung vom 10. Juni schreibt man der „Köln. Ztg.“ aus Berlin: Wieder einmal der Antrag Ackermann! Mit welchen Empfindungen der hohe Reichstag diesen zum dritten Mal während der jetzigen Legislaturperiode erscheinenden Gast begrüßte, zeigte das leere Haus und das volle Foyer. Aus letztem Umstande ging so viel hervor, daß Wahlpolitik und Einpreisung das ihrige gethan. In der That bewies die Abstimmung, daß über den praktisch sehr bedeutungslosen Vorschlag, wonach die Behörde gewissen besonders muster-

haften Innungen das Monopol der Lehrlingsausbildung verleihen darf, nicht weniger als 301 Abgeordnete entschieden. Der Sieg der Ackermann'schen Novelle zu § 100 e. der Gewerbeordnung wurde dadurch herbeigeführt, daß verschiedene Freikonservative sich gegen ihre früheren Abstimmungen anders besonnen hatten und daß die Polen, welche in früheren Jahren, als sie noch nicht am Gängelbände der Windthorst'schen Zentrums-politik taumelten, in wirtschaftlichen Fragen mit den Liberalen stimmten, jetzt in großer Zahl geschlossen für den Antrag Ackermann eintraten. Ob es möglich sein wird, bei der dritten Lesung ein entgegengehetztes Ergebnis herbeizuführen, bleibt ungewiß. Der Regierungskommissär Geh. Rath Lohmann beschränkte sich darauf, zu erklären, daß die Regierung, welche in dem Gesetzentwurf von 1881 den jetzt von Ackermann wieder aufgenommenen Vorschlag gemacht, bisher eine anderweitige Kundgebung nicht habe verlauten lassen. Die Debatte über den wiederholt mehr als gründlich durchspröchenen Antrag konnte selbstverständlich kein besonderes Interesse erregen. Bemerkenswerth war nur die verschiedene Stellung, welche die klerikalen und konservativen Vorkämpfer des Antrags zur Frage der Zwangsinnungen einnahmen oder einzunehmen schienen. Während die Herren Ackermann und v. Kleist-Rekow sich dagegen verwahrten, auf Zwangsinnungen loszusteuern, und in dem Vorschlage ein Mittel erblickten wollten, das im Handwerkerstande weit verbreitete Verlangen nach Zwangsinnungen hintanzuhalten, erklärte Hr. Windthorst klipp und klar, daß sein Ziel die Zwangsinnung sei und er durch den vorliegenden Antrag die Erreichung desselben erleichtern wolle. Selbstverständlich kam die kleine Exzellenz, welche für die Zeichen der Zeit sehr seine Fühlhörner hat, auch wieder auf die Heidelberger Erklärung und seinen Landsmann Miquel zu sprechen. Wenn das Herz voll ist, läßt der Mund über! Und wer noch an der Bedeutung und Zeitgemäßheit des neuen Aufschwungs in der nationalliberalen Partei gezweifelt hätte, kann sich an der unruhigen Vielgeschäftigkeit ihrer Gegner von rechts und links — auch die Herren Baum-bach und Eugen Richter sagten heute wieder ihre Sprüchelein her — eines Besseren belehren lassen. Windthorst verjügte aus dem durchgreifenden Erfolge, welchen sein kluger Landsmann Miquel als Bürgermeister in Dsnabrück mit den dort begründeten freien Innungen gehabt, zu folgern, daß Miquel für Zwangsinnungen sein müsse. Wenn der Redner sich dabei auf seine eigene Logik berief, so scheint uns dies ein sehr schwaches Rohr zu sein. Daß der logische Kopf Miquel anders denkt und schließt, glauben wir versichern zu können; seine Logik mag Dr. Windthorst selber verantworten. Aber geradezu unerlaubt war es doch, daß er dem Vertreter der nationalliberalen Partei, Meyer-Zena, der in kurzen Zügen den stets festgehaltenen Standpunkt seiner Freunde in dieser Frage entwickelt und den eigennütigen Hintergrund in dem bekämpften Antrage hervorhob, den Vorwurf machte, statt der Ausbildung der Lehrlinge ihre Ausbeutung zu befürworten. Weiterhin sprachen noch die Abgg. Lohren, Majunke und Ruppert für, Ketter und Goldschmidt gegen den Antrag.

Zur Ergänzung des gestrigen Drahtberichtes über die Sitzung des deutschen Reichstags vom 11. Juni theilen wir noch mit:

Von dem Antrag Windthorst betreffend Aufhebung des Gesetzes über die Verhinderung der unbesetzten Ausübung von Kirchenämtern vom 4. Mai 1874 (Erpativgesetz) wird der entscheidende § 1 in namentlicher Abstimmung mit 217 gegen 40 Stimmen angenommen. Dafür stimmten die Deutsch-Konservative (außer den Abgg. v. Bantamer, Dr. v. Götter, v. Schö-nina, Wickmann, Graf zu Dohna-Hindenfeld, Ebert und v. Gerlach), die deutsche Reichspartei (außer den Abgg. Frhr. v. Arncke-Bornst, Boel, Graf Behr-Wehrenhoff und Prinz Carolath), die Polen, die Elässer, das Zentrum, die deutsch-freistänigliche Partei, die Socialdemokraten, die süddeutsche Volkspartei und einige Nationalliberale, wie die Abgg. Warmuth und Volza. Dagegen außer den genannten Ausnahmen die Nationalliberalen. — § 2 und § 3, wonach das Gesetz mit dem Tage der Verkündung in Kraft treten soll, werden darauf mit großer Majorität ebenfalls angenommen.

Sodann kommt noch zur Beratung ein Antrag Ackermann und Gen., welcher lautet: „Dem Reichskanzler zu ersuchen, ein Gesetz vorzulegen, durch welches aus dem gesammten Gewerbe-stande, unter angemessener Berücksichtigung der Innungen in den Bundesstaaten, wo sie noch bestehen, Gewerkekammern eingeführt werden.“ Hierzu beantragen die Abgg. Dr. Meyer (Zena) u. Gen. die Worte: „unter angemessener Berücksichtigung der Innungen“ zu streichen und ein Gesetz zu verlangen, durch welches aus dem gesammten Gewerbe-stande Gewerkekammern gebildet werden. Die Abgg. Kähler (Freiburg) und v. Bollmar beantragen, obigem Antrage folgenden Zusatz zu geben: „den Reichskanzler weiterhin zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach aus dem gesammten Arbeiterstand auf Grund des allgemeinen gleichen achteimen und direkten Wahlrechts Arbeiterkammern errichtet werden.“ Abg. v. Kleist-Rekow empfiehlt den Ackermann'schen Antrag auf Errichtung von Gewerkekammern, wobei er auf die Vorteile ähnlicher Institute für Großindustrie, Handel und Landwirtschaft hinweist.

Richter ist gegen den Antrag. Die Gewerbetreibenden würden bei freier Vereinsthätigkeit ihre Interessen besser wahren, als durch amtliche Zwangsorganisation. Staatssekretär v. Boetticher erklärt, die Regierung stehe dem Antrag sympathisch gegenüber; die Vorarbeiten in Preußen betreffs eines bezüglichen Gesetzentwurfs seien bereits sehr weit gediehen. Ob ihre Ausdehnung auf das Reich möglich sei, das könne man noch nicht übersehen. Ackermann zieht seinen Antrag zurück. Richter (Zena) nimmt denselben wieder auf. Das Haus vertagt sich darauf bis Freitag; Tagesordnung: Berathung des Gesetzentwurfs über die Postdampfer-Linien.

Deutschland.

* Berlin, 11. Juni. Der Kaiser empfing heute die gewöhnlichen Vorträge und zahlreiche militärische Meldungen und ertheilte dann dem General Gobe Pascha sowie dem Oberstleutnant v. Tressow Audienz, welcher letzterer sich als Kommandeur des 3., dem Großfürsten Sergius gehörigen Ulanen-Regiments zu des Großfürsten Vermählung nach Petersburg begibt. Um 1 Uhr hatte der Kaiser eine längere Besprechung mit dem Fürsten Bismarck. Die Abreise des Kaisers nach Gms ist nunmehr auf den nächsten Freitag Abends festgesetzt.

Die heute erschienene „Prov.-Korresp.“ sagt über die Verathung des Aktiengesetzes in zweiter Lesung das Folgende: „Bei der sorgfältigen Vorberathung, welche die Vorlage der verbündeten Regierungen durch die berufenen und sachkundigen Vertreter des Reichstags in der Kommission gefunden hat, kann von einer Ueberhaftung, vor welcher ein der Reform nicht geneigter Theil der Presse zu warnen sucht, um so weniger die Rede sein, als der dem Bundesrath vorgelegte Entwurf schon im Oktober 1883 durch amtliche Veröffentlichung dem Urtheil der Fachkreise zugänglich gemacht wurde und in Folge dessen einer sehr ergiebigen Erörterung in der Presse, in der Literatur und in den Aeußerungen der Handelskammern unterlegen hat. Vielmehr dürfte, falls die Geschäftslage des Reichstags dem Bedebedürfnisse gewisser bisher nicht zum Worte gekommener Abgeordneter Schranken auferlegen sollte, hierin ein geringeres Uebel erblickt werden, als in einer Vertagung des wichtigen und als dringlich erkannten Reformwerks auf eine ungewisse Zukunft.“

Die zwölfte Kommission des Reichstags zur Verathung der Anträge auf Abänderung der Strafprozess-Ordnung trat heute Vormittag in die Verathung des Antrags der Abgg. Mundel und Lenzmann auf Wiedereinführung der Berufungsinstanz ein. Die verbündeten Regierungen waren durch den Staatssekretär v. Schelling und Geh. Rath v. Lenthe vertreten. Herr v. Schelling erklärte, daß die verbündeten Regierungen der Frage keineswegs völlig ablehnend gegenüberstehen. Falls durch Entscheidung des Reichstags das Verlangen der Nation nach Wiedereinführung der Berufung festgestellt wäre, würde der preussische Justizminister der Frage seine volle Aufmerksamkeit zuwenden. Die Kommission beschloß darauf zunächst die Vorfrage zu erörtern, ob die Wiedereinführung der Berufung überhaupt wünschenswert sei. Die Abgg. Reichensperger, Lenzmann und Mundel betonten nachdrücklich die unbedingte Nothwendigkeit der Wiedereinführung der Berufung, während die Abgg. Schröder (Friedberg) und Klog zwar die Mangelhaftigkeit des jetzigen Kriminalprozesses anerkannten, aber die Abhilfe bei der ersten Instanz eintreten lassen wollten. An Stelle des wegen Erkrankung aus der Kommission geschiedenen Abg. Dr. von Schwarze wurde dem Abg. Schröder (Friedberg) die Berichterstattung über den Antrag Phillips-Lenzmann auf Entschädigung unschuldig Verurtheilter übertragen. — In der Kommission für das Unfallversicherungs-Gesetz wurde heute der Bericht des Abg. v. Hertling genehmigt. Der Druck der Vorlage soll so beschleunigt werden, daß sie noch heute zur Vertheilung gelangen kann, um am Samstag auf die Tagesordnung des Plenums gesetzt zu werden. — Die Reichstags-Kommission für das Aktiengesetz hat heute die zweite Lesung der Vorlage beendet. Die wesentlichen Abänderungsbeschlüsse gegenüber der Fassung der ersten Lesung sind folgende: für die Ansprüche auf Negreß gegen Vorstand oder Aufsichtsrath ist fünfjährige Verjährung vorgeschrieben. Der Antheil, mit welchem die persönlich haftenden Gesellschafter bei Kommanditgesellschaften betheilt sein müssen, ist für den Betrag, der drei Millionen Mark übersteigt, von $\frac{1}{20}$ auf $\frac{1}{50}$ herabgesetzt. Hinsichtlich einiger unwesentlichen Punkte ist eine dritte Lesung vorbehalten, welche am Freitag stattfinden soll.

Darmstadt, 11. Juni. Der Landesauschuß der hessischen Fortschrittspartei hat beschlossen, daß am Sonntag den 29. Juni, Nachmittags, eine allgemeine Versammlung der nationalliberalen Partei Hessens im hiesigen Saalbau abgehalten werde. Es ist zu erwarten, daß diese Versammlung eine höchst zahlreich besuchte werden wird. Auch in Hessen hat die nationalliberale Sache den besten Aufschwung genommen und diese Bewegung wird sich naturgemäß weiter verbreiten.

Dürkheim, 10. Juni. Der Verbandstag pfälzischer Kreditgenossenschaften war von 24 Vereinen besetzt.

Der Bericht des Verbandsdirektors stellt eine Zunahme des Genossenschaftswesens fest. Der Vertreter der Anwaltschaft, Parisius, beziffert die Denkmalskosten für Schulzedeilig auf ungefähr 140,000 M., wovon 60,000 M. aufgebracht seien. Der nächste Verbandstag wird in Edenkoben abgehalten. Dr. Knecht wurde wiederum zum Verbandsdirektor, zum Stellvertreter wieder Regierungsassessor Konrad gewählt. Als Abgeordnete zum Vereinstage in Weimar wurden außer Dr. Knecht und Hand von Dürtheim, Bender von Zweibrücken und Levinger von Speier bestimmt. Ferner wurde die freiwillige Vereinigung behufs Revision der einzelnen Genossenschaften durch einen technischen Revisor beschlossen und hierzu die grundlegenden Bestimmungen gutgeheißen. Die Einführung des Checkverkehrs bei den Genossenschaften ist nur Vereinen mit bankmäßigen Formen zu empfehlen. Zur Förderung des Genossenschaftswesens insbesondere auf dem Lande wurde ein Geldbeitrag bewilligt. Die Genossenschaftsbank Frankfurt war durch Direktor Meißner vertreten.

§§ Straßburg, 7. Juni. Wir leben hier seit einigen Tagen inmitten heftiger Zeitungsfehden. Für diejenigen, welche ab und zu einen Blick in Straßburger Zeitungen thun, aber nicht in der Lage sind, sich durch die ellenlangen Replikten und Duplikten hindurchzuwinden, sei das thatächliche Substrat des Streites hier kurz angedeutet. Es galt an Stelle des verstorbenen Inspektors Riff für die Inspektion St. Wilhelm Augsburger Konfession einen neuen geistlichen Inspektor zu erwählen. Das Wahlrecht steht den Pfarrern der Inspektion in der Weise zu, daß sie der Regierung eine Liste von drei Kandidaten vorzulegen haben; die Regierung ernannt dann ihrerseits einen von den drei vorgeschlagenen für die Stelle. Es ist dies Verhältnis wohl nie so aufgefaßt worden, daß für die Regierung irgend eine Pflicht, sei es auch nur eine moralische, existierte, stets den an erster Stelle vorgeschlagenen zu ernennen, denn damit wäre ja das ganze Ernennungsrecht ein leerer Schein. In der That hat denn auch die Regierung beispielsweise bei einer Ernennung im Jahre 1874 von ihrem Recht der Auswahl Gebrauch gemacht und nicht den an erster Stelle vorgeschlagenen orthodoxen Kandidaten (Pfarrer Fischer), sondern den an zweiter Stelle genannten liberalen Pfarrer Bastian für die damals in Frage stehende Stelle erwählt. Bei der heute so viel ventilirten Ernennung des neuen Inspektors für die Inspektion St. Wilhelm standen sich nicht orthodoxe und liberale Kandidaten gegenüber. Beide, der an der ersten Stelle vorgeschlagene Pfarrer Engelmann, wie der an zweiter Stelle vorgeschlagene Pfarrer Welz, gehören der liberalen Richtung an. Die Regierung hat den zweiten, Pfarrer Welz, zum geistlichen Inspektor für St. Wilhelm ernannt. Da irgend ein Recht damit in keiner Weise verlegt ist, so ist das Geschrei, welches „von einer gewissen Seite“ erhoben wurde, absolut unverständlich. Zumal die Gründe, welche Pfarrer Welz als die geeigneteren Persönlichkeit erscheinen lassen, niemand, der den Verhältnissen näher steht, verborgen sein können. Der resigirte Pfarrer Engelmann ist der Hauptführer der radikalen Nuance unter unsern liberalen Pfarrern; er ist als ein ausgesprochener Parteimann unzweifelhaft nicht dazu prädestinirt, im Sinne des Friedens innerhalb der Inspektion zu wirken, mit wie hervorragenden Eigenschaften er auch sonst ausgestattet sein mag. Im Gegensatz dazu ist Pfarrer Welz ein durchaus ruhiger, gemäßigter Mann. Dazu kommt dann weiter, daß gerade der radikale Flügel unserer liberalen Theologen keine Neigung verspüren läßt, sich seiner französischen Velleitäten zu entöhnen, — und schon diese eine Beobachtung sollte wenigstens für eine deutsche Zeitung Ausschlag gebend sein in Bezug auf die Haltung, welche sie in der obigen Angelegenheit einzunehmen hat.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 11. Juni. Der Gerichtshof brachte durch Vergleichen am Buch und den Fragmenten der herausgegebenen Blätter heraus, daß Stellmacher 300 Francs am 6. Januar bei Eisert umgewechselt. — Die Gemeinden Tatz, Dunawetz und Göbblös ersuchten in Pest dringend um Militär, da eine verdächtige Bewegung gegen die Herren und die Juden sich zeige. Infanterie und Kavallerie ist dahin geschickt, ebenso in viele Orte des Eisenburger, Znler und Somogyer Komitats. Man befürchtet für Freitag, den Hauptwahltag, blutige Zusammenstöße. — Der ehemalige Generaladjutant, Graf Grüne erlitt gestern einen Schlaganfall mit Lähmung der linken Körperhälfte, sein Zustand flößt bei dem hohen Alter Besorgniß ein.

Agram, 11. Juni. Im kroatischen Landtage erklärte der Abgeordnete Starcevic, die Gerichte über eine von ihm geleistete Abbitte beruheten auf Erfindung; er habe niemand etwas abzubitten, da er nur die Wahrheit gesagt habe. Der Präsident entzog ihm schließlich das Wort.

Italien.

Rom, 12. Juni. In der Beantwortung der Interpellation Camporeale führte Mancini aus, Italien habe bezüglich Maroccos neben andern positiven ein negatives, besonders wichtiges Interesse, nämlich das, die Bildung eines ausgedehnten afrikanischen Reiches zu verhindern, welches das Gleichgewicht der Kräfte am Mittelmeer zerstören und die territoriale Sicherheit Italiens gefährden würde. Italien habe wegen der Haltung des französischen Botschafters am Hofe von Marocco, Herrn Ordega, den Kabinetten von Madrid, London und Berlin Mittheilungen gemacht und zugleich freundschaftliche, aber eindringliche Schritte in Paris gethan und um Bekanntheit der Absichten Frankreichs ersucht. Das französische Kabinet habe Italien, England und Spanien die bündigsten Versicherungen gegeben, daß der territoriale, sowie der politische Status quo Maroccos nicht geändert werde; außerdem

habe es befriedigende Erklärungen über das Verfahren Ordega's in Aussicht gestellt. Freyend ein Mangel an internationaler Rücksicht sei nicht anzunehmen, auch wäre die Regierung einer großen und edlen Nation nicht fähig, solch eine Sprache zu führen, um die Wachsamkeit anderer Mächte einzuschläfern. Wegen des vertraulichen Charakters des Meinungsaustrausches mit anderen Mächten könne er darüber in der Kammer nicht sprechen. Er hoffe, die Kammer werde die Ueberzeugung gewinnen, daß die Bestrebungen der Regierung bezweckten, nach dem Maße der Kräfte Italiens drohende und ruhestörende Neuerungen des benachbarten Mittelmeerraates zu verhindern.

Orma, 12. Juni. Heute Nacht explodirten zwei Dynamitpatronen vor der Empfängnißkirche, eine dritte neben der Kathedrale von San Lorenzo. Der verursachte Schaden ist unbedeutend; auch ist kein Menschenverlust zu beklagen.

Frankreich.

Paris, 11. Juni. Der Marineminister hat dem General Millot Befehl erteilt, drei Bataillone Infanterie, welche ein Marschregiment bilden, und eine Batterie nach Frankreich zurückzuschicken. — Die Kammerverhandlungen über das Rekrutirungsgesetz werden voraussichtlich noch die Sitzungen der ganzen nächsten Woche in Anspruch nehmen und die über die Verfassungsrevision nicht vor dem 25. d. beginnen. — Der obere Rath der schönen Künste hat heute die Preise für den „Salon“ und die Reisestipendien für die Nummern 1521 und 1522. Reisestipendien erhielten: die Maler Brouillet, Dinet, Georges Claude und Surand, der Bildhauer Steiner und der Architekt Maillard. Der „Salon“ wird am 20. d. geschlossen.

Belgien.

Brüssel, 12. Juni. (Tel.) Gestern Abend zogen Volksmassen unter Singen und Schreien durch die Hauptstraßen, wobei wiederholt Schlägereien stattfanden. In einer katholischen Buchhandlung zerschlug der Volkshaufe die Fensterscheiben, riß die Fensterrahmen herunter und drang in das Haus ein, wo verschiedene Gegenstände demolirt wurden. Es erfolgten fünf Verhaftungen; die gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

Großbritannien.

London, 10. Juni. Eine fieberhaft aufgeregte Woche steht uns bevor, voll widerstreitender Gerüchte und Befürchtungen. Die Weltkontrolle am Nil mit dem Acht-Millionen-Darlehen und der Absendung eines türkischen Heeres nach dem Sudan lagern wie ein Alpdruck auf allen Gemüthern; selbst die Anhänger der nackten Schmortheorie, wie Labouchere und Morley, vermögen der Gesamtkontrolle keinen Geschmack abzugewinnen, fintelmal sie durch das Geschenk von 8 Millionen Pfund verfallen ist. Die ministeriellen Provinzialblätter sind in Verzweiflung; die „Daily News“ aber hilft sich mit Ablehnungen, ohne damit aber den eigentlichen Kern der Enthüllungen aus der Welt zu schaffen. Sie behauptet, daß in den Abmachungen von keinem Geldmanöver die Rede sei. Aber wer verbürgt dem Publikum, daß der Vorstoß von 8 Millionen Pfund nicht neben den Abmachungen als ein besonderer Finanzstreich des Kabinetts herläuft! Das radikale Blatt sagt ferner, daß der neue internationale Rechnungshof sich nur mit einem Rechnungsverhör beschäftigen solle. Natürlich, aber er wird sich, der Absicht der französischen Erfinder gemäß, bald zu einem Verwaltungsorgan umgestalten; denn die Verwaltungsfrage liegt der Finanzfrage zu Grunde. Der einzige Trost, den englische Chauvinisten aus der gestrigen Erklärung Gladstones schöpfen können, ist der, daß das Parlament selbst über Annahme und Nichtannahme der Abmachungen endgiltig entscheiden solle. Es wird angenommen, daß die Verhandlungen mit Frankreich abgeschlossen seien, um denen mit den übrigen Mächten Platz zu machen. Das Kabinet ist offenbar der Meinung, daß letztere in Bezug auf die englisch-französische Uebereinkunft dem frühern Aussprüche Bismarcks beizupflichten, daß das, was diesen als den meist interessirten Mächten genehm sei, auch ihnen genehm sein könne. Sollte sich diese Auffassung bewahrheiten, so würde die Regierung vielleicht schon nächsten Montag in der Lage sein, dem Unterhause das Abkommen mitfammt dem darauf bezüglichen schriftlichen Depeschenwechsel vorzulegen. Als Hauptköder für das Unterhaus soll die ausschlaggebende Stimme gelten, welche dem englischen Vorsitzenden des internationalen Rechnungshofes zufließt. Daneben wird Gladstone mit allen Hülfsmitteln seiner Beredsamkeit auseinanderlegen, daß der Rechnungshof mit der Verwaltung nichts zu thun habe; daß letztere nur dadurch freiere Hand erhalte, um den Khevid auf seine eigenen Füße zu stellen und den beabsichtigten Rückzug der englischen Besatzung im Januar 1888 zu ermöglichen. Bei der Erörterung der Abmachungen dürfte auch die allgemeinere Bezugnahme auf die europäische Politik kaum zu vermeiden sein.

Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Lord Fitzmaurice, theilt im Unterhause mit, Kitchener melde unterm 10. d. M. das Gerücht, Berber sei vor 9 Tagen überfallen und fast die ganze Garnison niedergemetzelt worden. Gaerton glaube die Nachricht nicht, da der Votereber am 3. d. M. verlassen habe, also spätere Nachrichten bringe. Am 9. d. sei derselbe in Suakin eingetroffen mit dem Bericht, er habe Hussein gesehen. Die Dampfer gingen bis unterhalb Berbers, der Votereber nach Khartum. Die Straße westlich des Nils sei ziemlich sicher. Die Lebensmittel in Berber seien billig. Es herrsche keine besondere Gefahr dafelbst. Von einem Angriff auf Wadyhalsa hat der Unterstaatssekretär keine Nachricht.

Serbien.

Nisch, 12. Juni. Der diplomatische Agent Simio ist aus Sofia hier eingetroffen.

Nordamerika.

New-York, 9. Juni. Mit Ausnahme der „Tribüne“

sprechen sich die republikanischen Blätter gegen die Ernennung Blaine's zum Präsidentschaftskandidaten aus. „New-York Times“ hält die Niederlage der Republikaner bei der Präsidentschaftswahl für wahrscheinlich. — Tilden lehnte die ihm von den Demokraten angebotene Präsidentschaftskandidatur aus materiellen Gründen ab, welche ihm eine angemessene Erfüllung der mit dem Präsidentschaftsposition verbundenen Pflichten nicht ermöglichten.

Der von der republikanischen Nationalkonvention zu Chicago als Präsidentschaftskandidat aufgestellte James S. Blaine ist nach dem „N. Y.“ ein Berufspolitiker und hält schon seit langem sein Augenmerk auf die höchste, dem amerikanischen Politiker erreichbare Stufe, den Präsidentenstuhl der Republik, gerichtet. Schon wegen dieser Aspiration ist er von der besseren amerikanischen Presse und noch mehr von den unabhängigen Wählern mit scheelen Augen angesehen worden, denn in der Union wünscht man, daß das Amt den Mann, nicht dieser das Amt suchen soll. Aus letzterem Grunde ist auch Blaine vor 8 und wieder vor 4 Jahren von den republikanischen Konventionen mit seinen Bewerbungen um die Präsidentschaftsnomination zurückgewiesen worden. Keiner wird über Blaine's Nominaton mehr erfreut sein, als die demokratische Partei, denn die Republikaner hätten kaum einen Kandidaten aufstellen können, in dessen politischer und parlamentarischer Vergangenheit sich so viele dunkle Punkte auffinden lassen, wie dies bei der öffentlichen Kaufbahn Blaine's der Fall war. Blaine's Name wurde in den letzten zehn Jahren häufig mit Gesetzbuchmaßregeln in Verbindung gebracht, die im Kongreß, dem er schon seit zwanzig Jahren angehört, zu einer öffentlichen Unterfuchung Anlaß gaben. Er wurde nicht allein von seinen politischen Gegnern, sondern auch von Mitgliefern seiner eigenen Partei beschuldigt, im Solde mehrerer großer Eisenbahn-Kompagnien zu stehen und seine Stellung, sowie seinen Einfluß zu Gunsten dieser Gesellschaften geltend gemacht zu haben. Blaine wurde geboren am 31. Januar 1830 in Pennsylvania, besuchte das „Washington College“ und siedelte nach Maine über, wo er zuerst als Publizist in die Öffentlichkeit trat. Nachdem er vier Jahre der Staatsgesetzgebung von Maine angehört, wurde er 1862 in das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten gewählt. Im 41. Kongreß war er Sprecher (Vorstand) dieser Körperschaft und vertauschte später seinen Posten als Repräsentant mit dem eines Vereinten Staaten-Senators. Garfield ernannte ihn zum Staatsminister des Aeußeren, und in dieser Eigenschaft hat er zur Zeit des Krieges zwischen Peru und Chile eine Rolle gespielt, die von nichts weniger als von großem diplomatischen Talent Zeugniß ablegte, und wegen deren er von dem ruhig denkenden Theil der amerikanischen Bevölkerung stark kritirt wurde. Blaine wollte nämlich damals den beiden kriegführenden Parteien die Vermittlung der Union nöthigenfalls mit Gewalt aufdrängen. Vor kurzem hat er eine Geschichte seiner 20jährigen Thätigkeit im Kongreß unter dem Titel „Twenty Years of Congress“ herausgegeben, wahrscheinlich um dadurch seine Chancen für die Präsidentschaftsnomination zu verbessern. — Der für den Vizepräsidentschafts-Posten nominirte Logan stammt aus Illinois, war während des Bürgerkrieges General der Unionsarmee und gebört seit längerer Zeit dem Vereinten Staaten-Kongreß an. Er ist, wie Blaine, Politiker von Beruf, hat indessen nicht das Talent des Letzteren und gilt sogar als ein Mann von sehr dürftiger Bildung. Die Nominationen in Chicago beweisen, daß die berufsmäßigen Politiker, der öffentlichen Meinung zum Trotz und ohne Rücksicht auf die unabhängigen Elemente, ihren Willen durchgesetzt haben.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 12. Juni.

Heute Vormittag nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Vortrag des Geheimrath Ellstätter entgegen und danach empfangen die Großherzoglichen Herrschaften den Besuch Ihrer Königlichen Hoheiten des Großherzogs und der Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin, welche dann mit den Höchsten Herrschaften an einer zu Ehren des Geburtstags Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Ludwig Wilhelm bei Seiner Großherzoglichen Hoheit dem Prinzen und Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Prinzessin Wilhelm stattgehabten Familientafel theilnahmen.

Nachmittags halb 3 Uhr kehrten die Großherzoglich Mecklenburgischen Herrschaften nach Baden-Baden zurück.

Um 3 Uhr besuchten Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin mit dem Prinzen Ludwig Wilhelm die gottesdienstliche Festaufführung des evangelischen Kirchengesangvereins für Baden in der hiesigen Stadtkirche.

Später nahm der Großherzog den Vortrag des Präsidenten Regenauer entgegen.

* (Provisorium auf dem Bahnhofe.) In der Nacht vom 14. auf 15. d. M. werden die Personen-, Gepäck- und Expressgut- u. c. Expedition, sowie die Wartesäle und Restaurationen vom hiesigen Hauptbahnhof in das am nordwestlichen Ende des Bahnhofes errichtete Provisorium verlegt werden und wird der Dienst dafelbst am 15. d. M. nach Mitternacht beginnen.

* (Badischer Hauptverein der Grafen Adolph-Stiftung.) Die diesjährige 39. Jahresversammlung wird am Dienstag und Mittwoch, 8. und 9. Juli in Mühlheim abgehalten. Die Vorberathung der von den Zweig- und Ortsvereinen erwählten, mit schriftlichen Vollmachten versehenen Abgeordneten derselben findet am 8. Abends 6 Uhr im Rathhause statt. Am 9. beginnt der Gottesdienst um 1/2 10 Uhr, an welchen sich sodann die Hauptberathung der Vereinsvertreter anschließt. Eine recht zahlreiche Theilnahme an dem Feste ist erwünscht, daher wollen sich die einzelnen Vereine, wo immer möglich, durch eigene Abgeordnete und nicht nur durch Stimmenübertragung vertreten lassen. Von den Verhandlungsgegenständen, welche die Generalversammlung der Vereinsvertreter beschäftigen werden, werden hervorgehoben: Unterstützungsplan des Vorstandes, der laut Beschluß von 1880 in der Vorversammlung endgiltig festzustellen ist, so daß alle Anträge und Abänderungsvorschläge in Bezug auf denselben in dieser Vorberathung sind. Dabei wird jedoch bemerkt, daß hiermit Anträge auf Unterstützung solcher Gemeinden, die erstmals die Vereinshilfe begehren, nicht verstanden sind. Solche Gesuche sind spätestens 14 Tage vor dem Jahresfeste unter eingehender Darlegung der Verhältnisse anzumelden. Etwaige Anträge der Zweigvereine. Regelung der Theilnahme der Druckdristen des Vereins. Diejenigen Festtheilnehmer, welche freie Wohnung wünschen und am Feste theilnehmen wollen, sollen sich bis längstens den 2. Juli an Hrn. Stadtpfarrer Sievert in Mühlheim wenden.

J. Der Verband südwestdeutscher Stenographen. System Gabelsberger, dessen Vorort für dieses Jahr der Verein Karlsruhe ist, hält seine elfte Wanderversammlung am nächsten Sonntag in Neustadt a. d. B. ab. Sie beginnt Vormittags 10^{1/2} Uhr im Konzertsaal des Saalbauwerks mit folgender Tagesordnung: Beratung folgender Anträge: a. Es wird der Vorort pro 1884/85 ermächtigt, gemäß § 5 der Bundesstatuten die ihm nach Lage der Sache gebotenen Maßnahmen zu treffen, damit der Verband beim diesjährigen Stenographentage mit allen ihm nach §§ 6 und 7 der Bundesstatuten zukommenden Stimmen vertreten ist. Referent: Jones, Karlsruhe. b. Dem vom Verein Ludwigschafen gewählten Vertreter zum nächsten deutschen Stenographentag in Berlin gleichzeitig zum Vertreter des Verbandes südwestdeutscher Stenographen zu designieren unter Partizipation an den entstehenden Kosten nach näher festzusetzenden Modus und nach Vorausbedingung eines Theiles derselben durch den antragstellenden Verein. Referent: Steinbauer, Ludwigschafen. c. Zur Entlastung einer regelmäßigen und regen Propaganda wird ein Ausschuss für propagandistische Zwecke in's Leben gerufen, welcher aus neun auf jeder Wanderversammlung zu wählenden Mitgliedern des Verbandes zu bestehen hat. Der Ausschuss wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und zwei ständige Referenten und sind die weiteren Einrichtungen durch eine vom Ausschuss selbst festzusetzende Geschäftsordnung zu regeln. Referent: Schwinn, Ludwigschafen. d. Die Beiträge der Verbandsvereine für das Verbandsjahr 1884/85 auf 20 Pf. pro Mitglied festzusetzen. Referent: Jones, Karlsruhe. e. Schlussfassung über die Beibehaltung des bisherigen Vereinsorgans pro 1884/85. Wahl des Vororts pro 1884/85. Wahl des Ortes der nächsten Wanderversammlung. Vortrag des Herrn Heinrich Steinbauer über ein stenographisches Thema.

* Die Wilsche Kapelle aus Berlin, die durch ihre Konzerttours in ganz Deutschland rühmlich bekannt geworden ist, wird hier am 29. und 30. Juni im Stadtgarten zwei Konzerte veranstalten, über die demnächst Inserate das Weitere melden werden. Ueber die Solisten der Kapelle wird uns berichtet: An der Spitze des Künstlerensembles steht Tivadar Nachsz, ein vielfach rühmlich genannter Violinvirtuose. Bei den großen Reifeleistungen spielt Nachsz im Orchester gar nicht mit, sondern tritt allabendlich nur mit einem größeren Konzert vor das Publikum. Der erste Konzertmeister ist John Smith, ein aus der berühmten belgischen Schule hervorgegangener Künstler; auch ihm fallen abwechselnd mit Nachsz die solistischen Vorträge der Konzerte zu. Cornelius Liegeois, der Solocellist der Kapelle, erhielt am Konservatorium zu Brüssel den ersten Preis. Ein Meister seines Instrumentes ist der Soloflöte Charles Molé. Einen großen Effekt erzielt Hugo Türpe, der Cornet- und Bassonvirtuose, mit dem Kunststück der Sordine; der Ton des Instrumentes erklingt wie aus der Ferne, und doch sehen wir den Künstler vor uns stehen. Fräulein Elmie Janzen, Harfenistin, vervollständigt das Ensemble, dem sich noch ein Klarinettenvirtuose, ein Waldhornist, ein Solo-Contrabassist anschließen.

Stillingen, 9. Juni. (Verbandssta.) Am 6. und 7. d. M. fand hier der 16. Verbandstag der unterbairischen Kreditgenossenschaften unter dem Vorsteher des Verbandsdirektors Finth aus Karlsruhe statt. Die Anwaltschaft war durch den Reichstags-Abgeordneten Parisius aus Berlin und die deutsche Genossenschaftsbank durch Bankdirektor Meißner aus Frankfurt vertreten. Der Vorsitzende erstattete Bericht über die Thätigkeit des Genossenschaftsverbandes im Jahre 1883. Es gehören demselben 37 Vereine mit 24,358 Mitgliedern an. Die Summe sämtlicher Vorküsse betrug 28,669,415 M. und die Gesamtausgaben waren 123,317,360 M. Der Reingewinn stellte sich auf 405,178 Mark. An Dividenden wurden verteilt bezw. gut geschrieben 309,580 M. Der Reservefond ist auf 1,000,000 M. angewachsen. Der Stand des Verbandsvereines wird als ein durchaus günstiger bezeichnet. Es wird empfohlen, für gegebene Darleihen keinen zu hohen Zinsfuß, aber auch keine zu hohen Dividenden zu berechnen. Wegen der geplanten Besteuerung der Genossenschaften ist der Anwalt der Ansicht, daß eine solche nicht ganz ungerecht sei; aber wenn dieselbe eingeführt werde, dann solle man wenigstens Nichtmitgliedern kein Geld mehr geben. Der Entwurf über die Reichs-Stempelsteuer wurde in seiner jetzigen Fassung als eine schwere Schädigung aller Geschäftsthätigkeit betrachtet und darum eine diesbezügliche Resolution angenommen, die auch dem Groß-Ministerium unterbreitet werden soll. Um der Landwirtschaft aufzuhelfen, solle man den Landwirthen so viel als möglich Personalkredit zuerkennen und dadurch dieselben ermuthigen, den Voranschreibern mehr beizutreten. Es wurden die einzelnen Vertreter zum Bericht über ihre Vereine und zu etwaigen Anfragen aufgefordert. Viele derselben konnten konstatieren, daß sie überflüssiges Geld in der Kasse haben. Bei den meisten Vereinen wurde der Zinsfuß auf durchschnittlich 5-6^{1/2} Proz. herabgesetzt und dementsprechend auch geringere Dividenden gut geschrieben. Im Allgemeinen sprach man sich sehr befriedigt über den normalen Geschäftsgang aus. Schließlich wurden die Vertreter von 6 Vereinen für den allgemeinen Verbandstag in Weimar ernannt und der seitherige Verbandsdirektor als solcher wieder erwählt. Der nächste Verbandstag soll in Sinsheim stattfinden.

* Die neue 4proz. Stadtanleihe, mit welcher die 4^{1/2}proz. Schuld getilgt werden soll, ist von der Rheinischen Kreditbank und W. S. Ladenburg Söhne in Mannheim zu 99,90 übernommen.

Durlach, 11. Juni. (Keff.) Gestern früh starb Hr. Programmaldirektor Landolin Keff im Alter von 49 Jahren. Der Verstorbene war von 1864 bis 1877 in Heidelberg als Professor am Gymnasium thätig. Seit 1877 hatte er die Leitung des hiesigen Programmiums übernommen, welches an ihm einen väterlichen Leiter und einen in seinem Lehrberuf eben so geschickten als sachkundigen und gewissenhaften Mann verlor.

* **Pforzheim, 11. Juni.** (Handelskammer.) In der Sitzung der Handelskammer vom 3. Juni erfolgte die Beratung des Gesetzentwurfes, die Abänderung des Reichs-Stempelgesetzes betr., über welchen Groß-Ministerium des Innern unter'm 24. Mai d. J. amtliche Aeußerung einverlangt hat und wurde beschlossen, Groß-Ministerium des Innern zu ersuchen, in Erwägung, daß durch den neuen Gesetzentwurf Handel und Industrie in hohem Grade empfindlich bedroht werden, Hochdasselbe wolle seinen Vertreter im Bundesrat anweisen, für Ablehnung des Gesetzentwurfes zu stimmen. Ferner soll an den bleibenden Ausschuss des deutschen Handeltages in Berlin eine Zuschrift gerichtet werden des Inhaltes, daß die Handelskammer Pforzheim dem Antrage der Handelskammer Mainz auf Einberufung einer außerordentlichen Zusammenkunft des Deutschen Handeltages, um gegen das dem deutschen Handels- und Industrie stand angemessene Gesetzesnovum Protest zu erheben, zustimme und denselben ausdrücklich unterstütze. Vom Groß-Ministerium des Innern ist mit Erlaß vom 30. Mai d. J. die Aufforderung ergangen, sich über den Gesetzentwurf, die Abänderung des Zolltarifs betr. zu äußern. Das soll in der Weise geschehen, daß

von den Interessenten des hiesigen Bezirks Einwendungen gegen die Tarifabänderung nicht gemacht sind, die Handelskammer es jedoch im Allgemeinen der Erwägung der Regierung anheim geben müsse, ob es sich nicht empfehle, dem Tarif von 1879 eine längere Probezeit zu gewähren, als dies bis jetzt hat geschehen können. An den Vorort Mannheim soll in Betreff des Gesetzentwurfes über die Subventionirung direkter Dampferlinien nach Ostasien und Australien berichtet werden, daß die hiesige Handelskammer einstimmige Beschlüsse der Handelskammer Badens für dieses Gesetz voraussetze und ihrerseits sich ausdrücklich im Voraus mit allen Schritten einverstanden erklären, welche der Vorort zur Förderung dieser Angelegenheit für angezeigt halten sollte. Sobald der Gesetzentwurf angenommen sein wird, soll das Reichs-Postamt ersucht werden, auf eine regelmäßiger und schneller Beförderung der italienischen Post hinzuwirken.

* **Heidelberg, 11. Juni.** (Das Adressbuch der hiesigen Universität) für das Sommerhalbjahr 1884 ist erschienen. Nach demselben beträgt die Gesamtzahl der Studierenden 968, wovon noch 21 Personen reiferen Alters kommen, so daß im Ganzen 989 Hörer die Vorlesungen besuchen. Auf die Fakultäten vertheilen sich die Hörer wie folgt: in der theologischen Fakultät sind 63, in der juristischen 316, in der medizinischen 267 und in der philosophischen 322 eingeschrieben. Von den neu angekommenen Studierenden sind institutiert in der theologischen Fakultät 37, in der juristischen 192, in der medizinischen 128 und in der philosophischen 130. Die Gesamtzahl der Badener beträgt 239, wovon 20 der theologischen, 58 der juristischen, 51 der medizinischen, 104 der philosophischen Fakultät angehören und 6 zu den Personen reiferen Alters zählen; von Nichtbadenern sind 43 Theologen, 258 Juristen, 216 Mediziner und 218 Hörer der philosophischen Fakultät und 15 Personen reiferen Alters; von den neu angekommenen Studierenden sind in der theologischen Fakultät 9 Badener, 28 Nichtbadener, in der juristischen 13 Badener, 179 Nichtbadener, in der medizinischen 8 Badener, 120 Nichtbadener, in der philosophischen 14 Badener, 116 Nichtbadener eingeschrieben. Aus folgenden Staaten des Deutschen Reiches — abgesehen von Baden — sind Studierende anwesend: Aus Anhalt 11, Bayern 66, Braunschweig 6, Bremen 8, Elsaß 9, Hamburg 14, Hessen 51, Pommern 1, Preußen 3, Mecklenburg 12, Oldenburg 2, Preußen 336, Sachsen (Königreich) 34, thüringische Staaten 23, Württemberg 4. Außerhalb des Reiches sind mit 12, Königreich Ungarn und Nebenländer mit 9 Studierenden vertreten. Von andern Ländern gehören an der Schweiz 30, Italien 3, Großbritannien 7, Frankreich 4, Niederlande 15, Luxemburg 1, Rußland und Polen 31, Serbien 3, Bulgarien 6, Griechenland 1, Amerika 37, Brasilien 1, Japan 2, Afrika 1, Australien 2.

Da dem Vernehmen nach die Frequenz unserer Schwesteruniversität Freiburg mit 924 Studierenden nur wenig hinter der vorigen zurückbleibt, so ergibt sich ein Gesamtbesuch unserer Landeshochschulen von 1892 Studierenden, von denen 1465 Nichtbadener sind. Es lassen diese Zahlen genügend erkennen, wie groß das Interesse unseres Landes an dem so erfreulichen Blühen unserer beiden Landesuniversitäten ist und wie den namhaften Opfern, welche das Land im Interesse dieser Hochschulen zu bringen hat, auch die entsprechenden Ergebnisse gegenüber stehen.

* **Freiburg, 9. Juni.** (Die Frequenz der hiesigen Hochschule), über deren günstige Gestaltung schon früher Mittheilung gemacht wurde, hat nach Abschluß der Immatrikulation die Erwartungen durchaus gerechtfertigt. Die Zahl der Studierenden beträgt im laufenden Sommersemester 924, von denen 194 Badener, 730 Nichtbadener sind. Dazu kommen noch 134 Hospitanten, so daß die Gesamtzahl der die Vorlesungen an hiesiger Hochschule Besuchenden sich auf 1058 Personen stellt. Auf die einzelnen Fakultäten vertheilen sich die Studierenden in folgender Weise: Der theologische Fakultät gehören an: 50 Badener, 16 Nichtbadener, zusammen 66. Der juristischen Fakultät: 32 Badener, 187 Nichtbadener, zusammen 219. Der medizinischen Fakultät (einschließlich der Pharmaceuten): 57 Badener, 223 Nichtbadener, zusammen 280. Der philosophischen Fakultät: 65 Badener, 204 Nichtbadener, zusammen 269. Ein Vergleich mit der Frequenz der Hochschule und mit der Zahl der Angehörigen der einzelnen Fakultäten im Sommersemester 1883 ergibt in jeder Richtung eine erfreuliche Zunahme. Die Gesamtzahl der Studierenden stieg um 101, die der Nichtbadener um 73. Die theologische Fakultät zählt 14, die juristische 10, die medizinische 35 und die philosophische Fakultät 42 Studierende mehr als im letzten Sommersemester. Diese erhebliche Zunahme der Frequenz unserer Hochschule läßt mit Sicherheit auch für die Zukunft einen gedeihlichen Fortgang der überraschenden glücklichen Entwicklung unserer Universitätsverhältnisse — wie solche im letztverfloffenen Jahrzehnt stattgefunden hat — erwarten.

Badenweiler, 11. Juni. (Wüste des Großherzogs.) Diejenigen Bade Gäste und Touristen, welche Badenweiler in letzter

Zeit nicht besucht haben, werden, wenn sie jetzt dorthin kommen, freudig überrascht sein, in der neuen Wandelbahn eine Büste seiner Königl. Hoheit des Großherzogs zu erblicken. Die vorzüglich gelungene Büste ist aus karraischem Marmor von Professor Moeft in Karlsruhe ausgeführt, welcher das Kunstwerk Anfangs dieses Jahres neu nach dem Leben modellirt hat.

* **Kleine Nachrichten aus dem Großherzogthum.** Aus Heidelberg berichtet die „Heidelb. Bl.“: Am 10. Juni, Abends wurde im Rohrbacher Wald der seit dem 2. d. vermißte Grenadier Johannes Schmitt von Rohrbach, zu dem hiesigen Bataillon gehörend, todt aufgefunden. Es liegt jedenfalls ein Selbstmord vor; an der Kinnlade ist eine Schußwunde sichtbar. Am 10. Juni Vormittags wurde der Unaltdliche noch gesehen und dürfte derselbe die That aus Furcht vor Strafe ausgeführt haben, die ihm bevorstand, weil er sich seit Pfingsten von seinem Bataillon entfernt hatte und daher als Deserteur zu betrachten war. — In Hochhausen ist der fast 70jährige Sohn des M. Stiefvater von einem Berde beratt geschlagen, daß der Tod sofort eintrat. — Der 70jährige Sohn des Gutspächters Demberger auf Helmheimer Hof ist von einem sich losreisenden Pferde durch Hufschlag verlegt und war sofort todt.

Theater und Kunst.

(Groß-Posttheater.) In Karlsruhe. Freitag, 13. Juni. 2. Ab. Vorst. Der häusliche Krieg, komische Oper in 1 Akt, von J. F. Castelli, und: Der betrogenen Kadi, komische Oper in 1 Aufzug, von Ch. Ritter v. Gluck. Anfang 7^{1/2} Uhr.

Berchiedenes.

— **Berlin, 11. Juni.** (Die Bauhätigkeit in Berlin) ist in diesem Jahre arößer als seit lange. Heute wurde am Alexanderplatz das Grand Hotel eröffnet, das in seinen fünf Stockwerken 200 Zimmer zählt. Dem Magistrat ist ein königl. Erlaß vom 9. Mai zugegangen, durch welchen die Bauhätigkeit für die Kaiser-Wilhelmstraße festgesetzt und das Enteignungsrecht gewährt wird.

+ **Wetz, 10. Juni.** (Kunstpflege.) Die in hiesiger Stadt kürzlich in Anregung gebrachte Idee, einen Kunstverein in Verbindung mit einer permanenten Kunstausstellung in's Leben zu rufen, findet, wie sich aus den zahlreichen Unterschriften auf der in Umlauf gelegten Subscriptionsliste ergibt, bei der eingewanderten Bevölkerung lebhaften Anklang. Offenlich bleiben auch die Altweiger dem auf vollständig neutralem Boden stehenden Unternehmen nicht fern, das nur bei allseitiger Beteiligung der hiesigen Kunstfreunde seiner Aufgabe gerecht zu werden vermag. — Der hiesige Männer-Gesangverein veranstaltet am 13. Juli in hiesiger Stadt ein Sängerefest, zu welchem außer den lothringischen auch noch verschiedene auswärtige Vereine eingeladen werden sollen. Hauptzweck dieses Festes soll der sein, den Versuch zu machen, zunächst zwischen den in unserem Bezirke bestehenden Männer-Gesangvereinen ein freundschaftliches Verhältnis anzubahnen und einen lothringischen Sängerbund zu gründen, der durch die versöhnende Kraft des deutschen Liedes von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Entwicklung des Deutschthums in unserem Bezirke sein würde. Die Vereinigung sämtlicher lothringischen Sängerbunde des Reichlandes zu einem Elsaß-Lothringischen Sängerbunde könnte dann, vorausgesetzt, daß das Beispiel lothringens im Elsaß Nachahmung findet, nur mehr eine Frage der Zeit sein.

— (Die Ausbreitung der Trüffelkultur in Südrankreich) im Departement Bancluse steigt. Von dem gegen die 1882r Trüffelausfuhr von 1225 auf 2072 Ztr. gesteigerten französischen Gesamttransporthat ein großer Theil auf den Marsseiler Hafen, von wo die von Verjaod, Carpentras, Apt und Arles effektuirten Zufuhren dieser wohlgeschmeckten Pilze weiterverköhrt wurden. Es handelte sich 1883 um einen von etwa 5 Millionen auf 8,289,320 Fr. gesteigerten Gesamtwerth.

Neueste Telegramme.

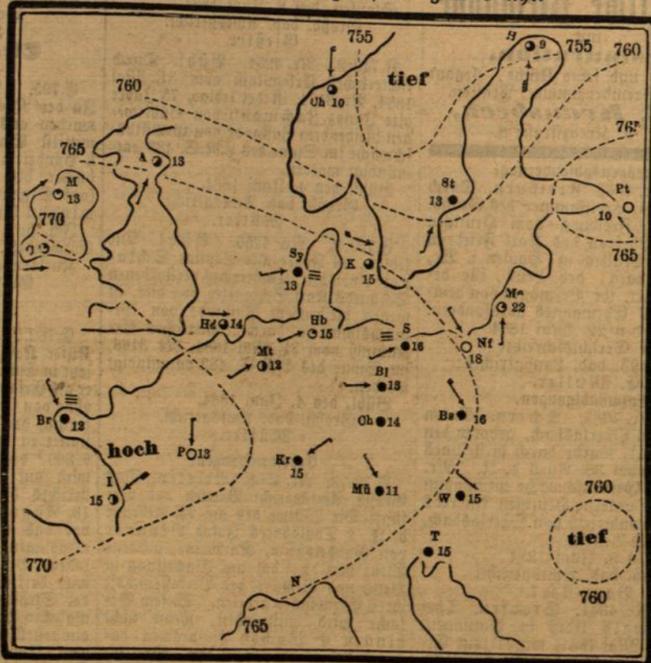
(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.) **London, 12. Juni.** Eine Depesche der „Times“ aus Wadyhalka von gestern wiederholt, Berber habe sich den Aufständischen ergeben, fast die ganze Garnison sei niedergemacht.

Berantwortlicher Redakteur: Karl Trost in Karlsruhe.

Wasserstand des Rheins. Maxan, 12. Juni, Miß 4 27 w, gefallen 4 cm.

Witterungsaussichten für Freitag, 13. Juni. Bei abnehmender Bewölkung steht wärmeres, trockenes Wetter in Aussicht. Witterungsnachrichten-Bureau Karlsruhe.

Wetterkarte vom 12. Juni, Morgens 8 Uhr.



Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 12. Juni 1884.

Staatspapiere.		Bauschlebrader	
4 ^{1/2} Reichsanleihe	103 ^{1/2}	Nordwestbahn	162 ^{1/2}
4 ^{1/2} Preuß. Cons.	102 ^{1/2}	Elbthal	158 ^{1/2}
4 ^{1/2} Baden in R.	101 ^{1/2}	Westenburger	198 ^{1/2}
4 ^{1/2} i. Wrt.	102 ^{1/2}	Def. Ludwigs	109 ^{1/2}
Defest. Goldrente	85 ^{1/2}	Lübeck-Büchen	163 ^{1/2}
Silberrent.	67 ^{1/2}	Gottthard	106
4 ^{1/2} Ungar. Goldr.	76 ^{1/2}	Loose, Wechsel zc.	
1877er Ruffen	94 ^{1/2}	Def. Loose 1860	120 ^{1/2}
II. Orientanleihe	58 ^{1/2}	Wechsel a. Amst.	168.67
Italiener	96 ^{1/2}	Vond.	20.46
Ägypter	61 ^{1/2}	Paris	81.15
Banken.		Wien	
Kreditaktien	257 ^{1/2}	Napoleonsoor	16.22
Disconto-Comm.	198 ^{1/2}	Privatdisconto	2 ^{1/2}
Basler Bankver.	138 ^{1/2}	Bad. Zuckerfabrik	111
Darmstädter Bank	152 ^{1/2}	Allali Wesser.	151 ^{1/2}
Wien. Bankverein	89 ^{1/2}	Nachbörse	
Bahnaktien.		Kreditaktien	
Staatsbahn	266 ^{1/2}	Staatsbahn	257 ^{1/2}
Lombarden	127 ^{1/2}	Lombarden	266 ^{1/2}
Galizier	239 ^{1/2}	Tendenz:	still.
Berlin.		Wien.	
Def. Kreditakt.	517	Kreditaktien	—
Staatsbahn	535	Marknoten	—
Lombarden	255	Tendenz:	—
Disco.-Comman.	198.90	Paris.	
Laurahütte	106.60	1/2% Anleihe	108
Dortmunder	68.80	Spanier	61 ^{1/2}
Marienburger	74.10	Ägypter	307
Böhm. Nordbahn	—	Ottomane	645
Tendenz:	—	Tendenz:	—

Todesanzeige.
 F. 807. Bädigheim.
 Tieferschütterung geben wir
 hiermit Nachricht von dem
 schweren Verluste, der uns neuer-
 dings durch den Tod unserer ge-
 liebten Tochter und Schwester
Louise
 betroffen hat.
 Sie verschied heute früh 9 Uhr
 nach kurzer aber schwerer Krankheit
 im Alter von 20 Jahren 4 Monaten.
 Statt besonderer Meldung und
 mit der Bitte um stille Theilnahme,
 Bädigheim, 11. Juni 1884,
 Ludwig Lochert,
 Rentamtman.
 Friedr. Lochert.

Dankfagung.
 F. 818. Karlsruhe. Allen Freun-
 den und Bekannten, die uns bei dem
 Herben Verluste unseres lieben Gatten,
 Waters und Bruders durch Wort
 und That in überaus reichem Maße
 ihre innigste Theilnahme bezeugten,
 den Vielen, die ihn in so ehrender
 Weise zu Grabe geleiteten und seinen
 Sarg so reich mit Blumen schmück-
 ten, insbesondere auch den Vereinen
 Niederhalle und Cäcilienverein, die
 in so erhabenden Grabgefängen den
 Entschwundenen ehrten, sagen wir
 auf diesem Wege unsern herzlichsten
 und tiefgefühltesten Dank, da es uns
 in unserm großen Schmerze nicht
 möglich ist, dies bei all den Theil-
 nehmenden in gebührender Weise
 persönlich zu thun.
 Karlsruhe, den 11. Juni 1884.
 Im Namen
 der tiefgebeugten Familie:
 Fritz Kappel.

Gouvernante
 für zwei Mädchen. Dieselbe muß
 examiniert sein, um in wenigstens zwei
 Sprachen Unterricht geben zu können;
 als auch in Musik und Zeichen. Re-
 sultate wollen ihre Briefe unter
 G. 6604a, an Haasenstejn &
 Vogler in Karlsruhe (Baden)
 senden.

Speculanten
 Können bis zu 400000 Mark Gold rea-
 listiren. Bankgarantie. Anmeldungen mit
 M. 1.50 Markten, wozu die Garantie-
 schein erfolgt, oder Anträgen mit 20 Pf.
 Rückporto sind bis 15. Juni einzu-
 zeichnen.
 E. 624.6.
 (H 4048. x) E. Demagnin, Genf.

Für Velocipedisten.
 Ein noch ganz neues **Tricycle**
 (Velocipede), logenanntes **Royal**
Salvo von Starley Brothers, ist zu
 verkaufen. Adresse in der Expedition
 d. Bl. unter Chiff. H 100. F. 816.
 E. 802. I. Heidelberg.

Kassenschränke in
 soliden
 und geliebter Arbeit mit
 pat. Sicherheitschloß
 von 150 Mark an.
Kassetten von 10 M. an.
 gefertigt unter
 Garantie
J. Daub,
 HEIDELBERG.
 Preislisten gratis &
 franco.

Junge Gänse
 6-7 1/2 Pfund lebendes Gewicht liefert
 ab Station Ginzburg a/Donau per
 Stück zu M. 4.- bis 5.-
 Emil Blant, Ginzburg a/D.

Bürgerliche Rechtspflege
 Öffentliche Anstellung.
 F. 794. 2. Nr. 5380. Eppingen.
 Der Küfer Friedrich Reeff zu Sulz-
 feld, vertreten durch H. Raufmüller in
 Eppingen, klagt gegen seine 4 volljäh-
 rigen Kinder Friedrich Reeff, Karl
 Reeff, Karoline Reeff u. Eva Reeff
 von da, zur Zeit an unbekanntem Orten
 abwesend, wegen Unterhalts, mit dem
 Antrage auf Verurtheilung der 4 Be-
 klagten zur Zahlung eines Lebensunter-
 halts von jährlich 100 Mk. auf die
 Dauer von drei Jahren, beginnend von
 der Klagestellung, an und zahlbar in
 Vierteljahrstraten je nach der Verfall-
 zeit nach Kopfscheitel, und ladet die
 Beklagten zur mündlichen Verhandlung
 des Rechtsstreits vor das Großh. Amts-
 gericht zu Eppingen auf
 Montags den 4. August 1884,
 Vormittags 10 Uhr.
 Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung
 wird dieser Auszug der Klage bekannt
 gemacht, zugleich mit dem Antrage, daß
 diese Prozeßsache auf klägerischen An-
 trag vom Gericht als Ferienfache be-
 zeichnet ist.
 Eppingen, den 10. Juni 1884.
 Bed.
 Gerichtsschreiber
 des Großh. bad. Amtsgerichts.

Bilanz-Extract
 des
Feuer-Assecuranz-Vereins in Altona vom Jahre 1883.

Einnahme.		Ausgabe.	
An Prämien vom Jahre 1882	M. 61239. 59	Für 192 Schäden sind bezahlt, als:	
do. für mehrjähr. Ver- sicherungen aus frü- heren Jahren	4400. 94	6 im Großherzogthum Baden	2952. 40
	65640	12 " Königreich Bayern und in der Rheinpfalz	5802. 98
do. von im Jahr 1883 auf 28558 Policen gezeichneten M. 123727002. — M. 217097. 35		6 " Staate Bremen	256. 50
ab Rückver- sicherung " 30556190. — " 44454. 50	172642	9 " Königreich Dänemark	74195. 25
	M. 98170812. —	7 " Staate Hamburg	335. 50
" Zinsen	16128	19 in der Provinz Hannover	23576. 79
	M. 254411	3 " " " " " " " "	163. 80
	81	2 " " " " " " " " " "	1310. —
		1 im Fürstenthum Birstenfeld (Oldenburg)	306. 65
		2 " Königreich Württemberg	2798. —
		37 in d. Prov. Schleswig-Holstein	15070. 99
		88 in den alten Provinzen des Königreiches Preußen	30774. 98
			M. 157542. 84
		— durch Rückversicherung gedeckt	81637. 47
			75905
		Für unabgemachte Schäden pro 1883 ausgesetzt	3891
		" Unkosten durch vorstehende Schäden veranlaßt	M. 6870. 33
		— a. durch Rückversicherung erstattet	M. 1844. 96
		b. durch mittheil- te diverse Com- pagnien erstet	992. —
			2336. 96
			4533
		Für Prämienanteile pro 1884	M. 62869. 43
		do. pro 1885 bis 1893 incl.	3725. 73
		Nach Abzug der darauf haftenden Kosten und der auf Rückversicherung entfallen- den Prämien-Anteile	M. 66595
		" Provision und Courtage, Unkosten der Agenten, Organisations-, Administra- tions- und sonstige Kosten	98447
		" Agio-Verlust	6
		" Abschreibung auf d. Grundkap. d. Vereins	2000
		" Ueberschuß, dem Reservefond zugewrie- ben, vide § 1 der Statuten	3033
			M. 254411
			81

Der Reservefond betrug ultimo Dezember 1883: M. 354 890. —
 Die Sicherheit des Vereins betrug ultimo Dezember 1883: M. 1 697 122. 36
 Altona, den 8. Mai 1884.
 Die administrirende Direction:
Gustav Wall. C. Sieveking. César Gayen.
 Revidirt und mit den Büchern des Vereins übereinstimmend befunden:
 Altona, den 29. Mai 1884.
Wilh. Nielsen. J. C. Helm.
 Revisoren.
 Altona, den 30. Mai 1884.
 Die Ober-Direction:
G. S. Sieveking, p. t. Vorsitzender.
G. Dibern. M. S. R. Drews. Johs. Dubbers. V. Lankehan. Otto Meyer.
Max Möller. Gustav Mourier. C. A. Wriedt jr. E. 791.

Mechanische Hindfadenfabrik Oberachern.
 F. 815. Wir bringen hiermit zur Kenntniß, daß die, durch Beschluß der
 General-Versammlung vom 10. d. M. auf M. 38.00 per Aktie festgesetzte Di-
 vidende pr. 1883 von heute ab bei dem **Oriental Creditverein G. S.** in
 Offenbürg, sowie bei der **Kasse unserer Gesellschaft** zahlbar ist.
 Oberachern, den 12. Juni 1884.
 Der Vorstand.

Kurort Schwefelberg
 — Amt Schwarzenburg. — Et. Bern. —
 1400 Meter über Meer. E. 730. 2.
Eröffnung am 10. Juni.
 Reichhaltige Schwefelquelle, Milch und Molken, Bäder und Douchen (kalte
 und warme) neuester Construction. — Postabfahrt von Bern Morgens 6 1/2 Uhr.
 Telegraph im Hause.
 Prospekte gratis u. franco.
 Kurarzt:
Dr. Fueter, Bern.
 U. Zbinden.

Baden-Baden.
Altdenische Weinstube
 mit
Restauration,
 reine Weine und feine Küche, elegant
 möblirte Fremdenzimmer, Pension.
E. Krausbeck,
 E. 651. 3.
 8. Kreuzstraße 8.

Vermögensabsonderung.
 F. 810. Nr. 4063. Freiburg. Durch
 Urtheil der II. Civilkammer des Großh.
 Landgerichts Freiburg vom heutigen
 wurde die Ehefrau des Carl Friedrich
 Bröcklin, Müller in Hausen i. W.,
 Verena Barbara, geb. Feuß, für be-
 rechtigt erklärt, ihr Vermögen von dem-
 jenigen ihres Ehemannes abzusondern.
 Freiburg, den 29. Mai 1884.
 Der Gerichtsschreiber
 des Großh. bad. Landgerichts:
E. Müller.
 Entmündigungen.
 F. 795. Nr. 7383. Achern. Anton
 Bruder von Oberasbach, geboren den
 15. Mai 1841, wurde durch diesseitiges
 Erkenntniß vom 30. April d. J., Nr.
 5880, wegen Geisteschwäche entmündigt
 und für ihn unterm heutigen Andreas
 Steiner, Landwirth von Oberasbach,
 als Vormund bestellt.
 Achern, den 9. Juni 1884.
 Großh. bad. Amtsgericht.
 Baumstark.
 F. 796. Nr. 4341. Staufen. The-
 reisa Seywald ledig in Dottingen,
 geboren 16. Mai 1851, wurde laut Er-
 kenntniß vom 22. April d. J., Nr. 3163,
 wegen bleibender Gemüthschwäche ge-
 mäß L.R.S. 489, § 593 ff. C.P.D.

F. 737. 2. Nr. 6805. Wolfach. Nach-
 dem gegen die diesseitige Aufforderung
 vom 12. März 1884, Nr. 3767, Ein-
 sprachen nicht erhoben wurden, wird
 Rosina Sandhaas in Haslach in den
 Besitz und die Gewähr des Nachlasses
 des Sebastian Sandhaas von dort
 hiermit eingewiesen.
 Wolfach, den 3. Juni 1884.
 Der Gerichtsschreiber
 des Großh. bad. Amtsgerichts:
 Kästli.
 Erdvorladung.
 E. 774. Stockach. Zum Nachlasse
 der Lorenz Berner Witwe, Josefa, ge-
 borne Renner von Dillingen, ist Renig
 Berner von da miterben, sein Auf-
 enthalt aber unbekannt, weshalb er an-
 mit aufgefördert wird, sich zu den Theil-
 nungsverhandlungen und zur Erbchaft
 binnen drei Monaten
 anher zu melden, ansonst so getheilt
 würde, als wäre er zur Zeit des Erb-
 anfalls nicht mehr am Leben gewesen.
 Stockach, den 3. Juni 1884.
 Der Großh. Notar:
R. Basler.

Etrafrechtspflege.
 F. 795. Nr. 14.621. Karlsruhe.
 In der Nacht vom 9./10. Juni d. J.
 wurden aus einem Privatbause dahier
 mittelst Einsteigens und Einbrechens
 3 Hundertmarktheine u. 2 Sparfla-
 schen der Versorgungsanstalt dahier
 (auf Sigmund u. Anna von Gem-
 mingen lautend), entwendet.
 Ich bitte um Fahndung auf das
 Entwendete.
 Karlsruhe, den 11. Juni 1884.
 Großh. I. Staatsanwalt.
 Fieber.
 Ladung.
 E. 762. 2. Nr. 4233. Emmendingen.
 Küfer Carl Jann von Krozingen, zu-
 legt in Eichtetten, wird beschuldigt, daß
 er als Ersatzrevolverist I. Kl. ausmanderte,
 ohne von seiner bevorstehenden Auswan-
 derung der Militärbehörde Anzeige er-
 stattet zu haben — Uebertretung gegen
 § 360 des Strafgesetzbuchs. Derselbe
 wird auf Anordnung des Gr. Amts-
 gerichtes hierseits auf Montag den
 18. August 1884, Vormitt. 8 Uhr,
 vor das Großh. Schöffengericht Em-
 mendingen zur Hauptverhandlung ge-
 laden. Bei unentschuldigtem Ausbleiben
 wird derselbe auf Grund der nach § 472
 der Strafprozeßordnung von dem Kö-
 niglichen Bezirkskommando zu Freiburg
 ausgesprochenen Erklärung verurtheilt wer-
 den. Emmendingen, den 6. Juni 1884.
 Der Gerichtsschreiber des Großh. bad.
 Amtsgerichts: Jäcker.

**Zwangs Liegenschafts-
 versteigerung.**
 In Folge richterlicher
 Verurteilung wird aus der
 Konkursmasse des Brannt-
 weinfabrikanten Alfred Rammann von
 hier die unten beschriebene Liegenschaft,
 Gernsbacher Gemarkung, auf dem hie-
 sigen Rothhaus am
 Donnerstag den 26. Juni 1884,
 Vormittags 11 Uhr,
 öffentlich zu Eigenthum versteigert und
 endgiltig zugeschlagen, wenn der
 Schätzungspreis auch nicht geboten
 wird.
 Beschreibung der Liegenschaft:
 Plan Nr. 2, Kataster Nr. 244:
 2 a 63 qm Hofraide,
 1 " 28 " Hausgarten und
 " 49 " Grasland, zusammen
 4 a 40 qm mit einem darauf stehen-
 den, von Stein erbauten zweistöckigen
 Wohnhause, besonders stehender Brenn-
 nerei, Stallung, Fog- und Wagens-
 remise Nr. 13 in der Bleich Eisenbahn-
 straße dahier 18,000 Mk.
 Achtzehntausend Mark.
 Gernsbach, den 6. Juni 1884.
 Der Großh. Notar:
 Wiegler.

Zu verkaufen.
 F. 746. 4. Braune englische
 Stute, in Hüppel gezogen,
 8 Jahre, 3 1/2 Zoll, völlig
 truppensform, gut geritten, steht wegen
 Rücktritts in die Front zum Verkauf.
 Adresse: postlagend aus X. Y. Z. Raffatt.
 F. 754. 3. Redargemünd.
**Chaisen- und Geschirr-
 verkauf.**
 Ein Filburi in bestem Zustande,
 sowie zwei große, silberplattirte, gut-
 erhaltene Pferdegeschire zu ver-
 kaufen bei Gg. Schütz, Redargemünd.
 (Mit einer Beilage.)

E. 800. Karlsruhe.
**Großh. Bad. Staats-
 Eisenbahnen.**
 Die im Oesterreich-Bayerischen Ueber-
 nahmetarif für Mannheim transit zc.
 vom 1. April 1884 vorgesehene, in-
 zwischen theilweise berichtigten Fracht-
 sätze des Ausnahmetarifs Nr. 13 treten
 mit dem 1. August l. J. außer Wir-
 ksamkeit.
 Karlsruhe, den 11. Juni 1884.
 General-Direktion.

E. 775. 2. Nr. 1867. Karlsruhe.
**Großh. Bad. Staats-
 Eisenbahnen.**
 Zufolge höherer Weisung sollen durch
 diesseitige Stelle circa 10 600 Kg ab-
 gängige, zur freien Verwendung
 Seitens des Käufers bestimmte Eisen-
 bahndienstspatiere auf Weisgebote ver-
 werthet werden, nämlich:
 Frachtkarten circa 5000 Kg
 Rechnungen 4000 "
 Tarife, Bücher u. dgl. " 1600 "
 Angebote hierauf sind versegelt und mit
 der Aufschrift: „Submissionsangebot auf
 abgängige, zur freien Verwendung
 bestimmte Dienstspatiere“ versehen —
 längstens bis
 18. Juni l. J., Vormitt. 10 Uhr,
 portofrei an diesseitiges Bureau einzu-
 reichen, von welchem auch die Submis-
 sionsbedingungen bezogen werden können.
 Karlsruhe, den 9. Juni 1884.
 Material- und Druckfachen-Bureau.
 E. 789. 2. Nr. 1278. Karlsruhe.
Schleusenbau.

Die Gemeinde Söllingen verpacht
 die Arbeiten zum Umbau der Stau-
 schleuse in der Pflanz, bestehend in:
 Maurer- und Stein-
 bauerarbeiten, im An-
 schlag von 315 M. 98 3/4
 Eisenarbeiten, im An-
 schlag von 505 M. 00 3/4
 Plan, Ueberschlag und Bedingungen
 können auf dem Rathhaus zu Söllin-
 gen, sowie auf dem Bureau der Gr.
 Kultur-Inspektion Karlsruhe einge-
 sehen werden.
 Die Eröffnung der beim Bürger-
 meisteramt einzureichenden, in Prozen-
 ten des Vorschlags ausgedrückten
 Angebote findet
 Mittwoch den 25. Juni,
 Vormittags 9 Uhr,
 in Söllingen statt.

Holzversteigerung.
 E. 784. 2. Nr. 433. Die Gr. Bezirks-
 forstrei Bilingen versteigert mit Vora-
 frist aus den Domänenwaldungen:
 Am Dienstag, 17. Juni, Mit-
 tags 1 Uhr, im „Kreuz“ zu Bilingen,
 aus Distrikt „Weißwald“: 151 starke
 Stangen, 190 Hopfenstangen I.—IV.
 Klasse, 302 Ster Nadelholz u. Prü-
 gelholz, 3675 Ster Weiden und mehrere
 Loose Schlagraum.
 Am Mittwoch, 18. Juni, Mit-
 tags 1 Uhr, im „Kreuz“ zu Fisch-
 bach, aus den Distrikten „Steinwald“,
 „Schönbusch“ und „Vadenholz“:
 27 tannene Stämme und Klöße, 652
 Ster Nadelholz u. Prügelholz und
 475 Ster Weiden. Dilschwaldhüter Keller
 in Grünlingen und Domänenwaldhüter
 Mayer in Fischbach zeigen das Holz vor.
 E. 793. Gernsbach.

**Zwangs Liegenschafts-
 versteigerung.**
 In Folge richterlicher
 Verurteilung wird aus der
 Konkursmasse des Brannt-
 weinfabrikanten Alfred Rammann von
 hier die unten beschriebene Liegenschaft,
 Gernsbacher Gemarkung, auf dem hie-
 sigen Rothhaus am
 Donnerstag den 26. Juni 1884,
 Vormittags 11 Uhr,
 öffentlich zu Eigenthum versteigert und
 endgiltig zugeschlagen, wenn der
 Schätzungspreis auch nicht geboten
 wird.
 Beschreibung der Liegenschaft:
 Plan Nr. 2, Kataster Nr. 244:
 2 a 63 qm Hofraide,
 1 " 28 " Hausgarten und
 " 49 " Grasland, zusammen
 4 a 40 qm mit einem darauf stehen-
 den, von Stein erbauten zweistöckigen
 Wohnhause, besonders stehender Brenn-
 nerei, Stallung, Fog- und Wagens-
 remise Nr. 13 in der Bleich Eisenbahn-
 straße dahier 18,000 Mk.
 Achtzehntausend Mark.
 Gernsbach, den 6. Juni 1884.
 Der Großh. Notar:
 Wiegler.

Zu verkaufen.
 F. 746. 4. Braune englische
 Stute, in Hüppel gezogen,
 8 Jahre, 3 1/2 Zoll, völlig
 truppensform, gut geritten, steht wegen
 Rücktritts in die Front zum Verkauf.
 Adresse: postlagend aus X. Y. Z. Raffatt.
 F. 754. 3. Redargemünd.
**Chaisen- und Geschirr-
 verkauf.**
 Ein Filburi in bestem Zustande,
 sowie zwei große, silberplattirte, gut-
 erhaltene Pferdegeschire zu ver-
 kaufen bei Gg. Schütz, Redargemünd.
 (Mit einer Beilage.)